

## **Inflation, Ursachen und Wirkungen (Fortsetzung )**

- 1. Vorbemerkungen**
- 2. Definitionen**
- 3. Inflationswirkung: Fehlllokationen**
- 4. Inflationswirkung: Verteilung**
- 5. Inflationswirkung: Wachstum und Beschäftigung**
- 6. Inflationswirkung: Außenhandel**
- 7. Inflationsursachen: Geldvermehrung**
- 8. Inflationsursachen: Nachfrageüberschüsse**
- 9. Inflationsursachen: Kostensteigerungen**
- 10. Inflationsursachen: Demand shift**

### **7. Inflationsursachen: Geldvermehrung**

Im Rahmen der Inflationstheorie wurden im historischen Verlauf zur Frage der Verursachung von Inflationen recht unterschiedliche alternative Konzeptionen entwickelt. Die Quantitätstheorie, die bereits von den Klassikern entwickelt wurde, ging von der Vorstellung aus, dass Inflation vorwiegend durch Geldmengenwachstum verursacht wird. Die nachfrageorientierte Inflationstheorie – die Theorie der Keynesianer – war der Überzeugung, dass es die Nachfrageüberhänge seien, welche Inflation verursachen. Die angebotsorientierte Theorie, die aus der Kritik an der nachfrageorientierten Theorie hervorging, versuchte nachzuweisen, dass aufgrund von Stückkostensteigerungen Inflation verursacht werde. Im Rahmen der demand-shift-Inflationstheorie wurde schließlich das Entstehen von Inflationerscheinungen auf Veränderungen in der Güternachfragestruktur zurückgeführt.

Welches sind nun die Grundaussagen der Quantitätstheorie? Nach dieser Theorie wird Inflation stets durch Geldmengenvermehrungen ausgelöst. Ausgangspunkt bildet die von Irving Fisher nach ihm benannte Fisher'sche Verkehrsgleichung:

$$G \times U = P \times H, \text{ wobei gilt:}$$

**G : Geldmenge; P : Preisniveau; U : Umlaufgeschwindigkeit; H : Handelsvolumen**

**Es handelt sich bei der Fisher'schen Verkehrsgleichung um einen tautologischen Zusammenhang, der ex definitione gilt, aber noch keine Hypothesen enthält. Man geht davon aus, dass die auf den Märkten vollzogenen Umsätze von der Angebotsseite aus beleuchtet werden können. Der gesamte Umsatz ergibt sich hierbei aus dem Produkt von Preis und Handelsvolumen. Aus der Sicht der Nachfrageseite ergibt sich die gleiche Umsatzsumme als Produkt der für die gekauften Produkte gezahlten Geldmenge, multipliziert mit der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes: Diese gibt an, wie oft ein Geldschein im Durchschnitt innerhalb einer Periode Kaufakte finanziert und somit den Besitzer wechselt.**

**Man kann auch davon sprechen, dass sich die Fisher'sche Verkehrsgleichung aus der Definition der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ergibt. Etwas anders angeordnet legt die Verkehrsgleichung nämlich fest:**

$$U = (P * H) / G$$

**Wenn wir die Umsatzsumme (P \* H) durch die umlaufene Geldmenge dividieren, erhalten wir eine Größe, die angibt, welche Umsatzsumme pro Geldeinheit finanziert wurde. Wenn z. B. eine umlaufende Geldmenge von 100 Einheiten innerhalb einer Periode einen Umsatz von 300 Geldeinheiten ermöglicht, dann hat ein Geldschein im Durchschnitt dreimal einen Kaufakt ermöglicht und hat dreimal im Durchschnitt den Besitzer gewechselt.**

**Wie auch im Rahmen der Keynesianischen Theorie lassen sich auch hier die Grundgleichungen sowohl als Definitionsgleichung (ex post) wie auch als Gleichgewichtsbedingung (ex ante) formulieren. In ihrer zweiten Form besteht die Quantitätstheorie aus echten, empirisch überprüfbaren Hypothesen.**

**Die erste Teilhypothese besagt, dass eine Geldmengenveränderung zu einer gleichgerichteten Änderung im Güterpreisniveau führt, in ihrer ursprünglichen Form sogar, dass eine prozentual gleichgroße Preisänderung eintritt. Eine Verdopplung der umlaufenden Geldmenge führe also z. B. auch zu einer Verdopplung des Güterpreisniveaus.**

**Diese Aussage ergibt sich wohlbemerkt nicht aus dem oben aufgezeigten tautologischen Zusammenhang. Danach wäre es durchaus denkbar, dass sich die Geldmengenausweitung entweder in einer Ausweitung des Han-**

**delsvolumens und/oder einer Reduzierung der Umlaufgeschwindigkeit niederschlägt. Der Kern der Aussage der Quantitätstheorie besteht also darin, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes sowie der Umfang des Handelsvolumens autonom bestimmt werden und dass Veränderungen im Handelsvolumen sowie in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes keinesfalls durch Veränderungen der Geldmenge automatisch ausgelöst werden.**

**Die mit der Quantitätstheorie verbundene zweite Teilhypothese besagt, dass eine Steigerung in der Güternachfrage keinesfalls ausreicht, die Güterpreise generell anzuheben, wenn der Bankenapparat nicht bereit ist, diese zusätzliche Nachfrage zu finanzieren. Werden z. B. aufgrund eines Anstiegs in der Konsumquote die Konsumausgaben zunehmen, ist aber die Notenbank (bzw. der Bankenapparat) nicht bereit, zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen, führt der Rückgang in der Ersparnis zu Zinssteigerungen und auf diesem Wege zu einem Rückgang der Investitionsnachfrage, mit der Folge, dass sich im Endergebnis zwar die Zusammensetzung der Güternachfrage (Konsum – Investition) verändert hat, nicht aber die Gesamtnachfrage nach Gütern. Es bleibt hier kein Platz für generelle Preissteigerungen, etwaige Preissteigerungen bei den Konsumgütern werden durch Preissenkungen bei den Investitionsgütern kompensiert. Es wird allerdings die Gefahr gesehen, dass Veränderungen in den realen Größen eine Ausweitung in der Geldmenge erzwingen und auf diese indirekte Weise das Güterpreinsniveau beeinflussen können.**

**Welche Schlussfolgerungen wurden nun aus der Quantitätstheorie (vor allem aus der von Friedman formulierten Neoquantitätstheorie) gezogen? Die Unabhängigkeit der Notenbank muss institutionell abgesichert werden erstens durch Freigabe der Wechselkurse, weil in einem System fester Wechselkurse aufgrund der erforderlichen Devisenmarktinterventionen die umlaufende Geldmenge vorwiegend von außenwirtschaftlichen Einflüssen bestimmt wird.**

**Weiterhin muss zweitens die Funktionsfähigkeit der Notenbank durch eine 100%ige Reserveverpflichtung der Geschäftsbanken gesichert werden, die auf diese Weise auf passive Bankgeschäfte beschränkt bleiben. Somit wird eine von der Notenbank nicht unterstützte Geldschöpfung (Girtalgeldschöpfung!) auch verhindert.**

**Geldwertstabilität kann nur dadurch realisiert werden, dass die Notenbank die Geldmengenausweitung an den langfristig erwarteten Inlandsproduktzuwachs koppelt, korrigiert durch den Umstand, dass mit wachsendem Inlandsprodukt auch die Nachfrage nach Kasse überproportional ansteigt (Luxusgeldhypothese). Auf diese Weise erklärt sich die von Friedman entwickelte 5% Regel (Die Notenbank hat die Geldmenge jedes Jahr um 5%**

zu erhöhen, da Friedman mit einem langfristigen Inlandsproduktwachstum von 3% und einer wegen Zunahme des Wohlfahrtsniveaus vermehrten Nachfrage nach Kasse von circa 2% rechnet.

Die Notenbank soll sich weiterhin jedem Versuch enthalten, die Konjunkturlage kurzfristig durch antizyklische Politik zu beeinflussen, da aufgrund langer Verzögerungsperioden zwischen Auftreten der unerwünschten Konjunkturdaten und Auswirkung der eingeleiteten konjunkturpolitischen Maßnahmen keine effiziente Konjunkturbeeinflussung möglich ist.

Eine effiziente Konjunkturpolitik würde voraussetzen, dass Staat und Notenbank wissen könnten, wie sich die zu beeinflussenden Konjunkturdaten in 2 - 3 Jahren entwickeln werden, wenn die heute eingeleiteten Maßnahmen in den Zielgrößen Wirkungen auslösen. Selbst dann, wenn die Politiker über ausreichende Konjunkturprognosen verfügen würden, seien in einer Demokratie die Behörden überfordert, wenn sie z. B. in einer noch rezessiven Konjunkturphase bereits kontraktive Maßnahmen einleiten, da in einem Zeitpunkt, in dem die heute eingeleiteten Maßnahmen greifen, mit einer Konjunkturüberhitzung gerechnet wird.

Das Ziel der Geldwertstabilität benötigt auch keine politische Regulierung der Arbeitsmärkte. Ein Lohnstop ist nämlich nicht notwendig, da sich bei Wahrung der geldpolitischen Vorgaben eine expansive Lohnpolitik nicht inflationär auswirken würde. Die Gewerkschaften werden dann aus eigenem Interesse auf eine expansive Lohnpolitik verzichten, da bei einer restriktiven Geldpolitik der Notenbank Lohnsteigerungen, die über die Produktivitätszuwächse hinausgingen, zu Arbeitslosigkeit führen müssten.

Eine Regulierung des Arbeitsmarktes wäre andererseits auch nicht ausreichend, da bei einer expansiven Geldpolitik die Güterpreise auch dann steigen würden, wenn die Lohnsteigerungen dem Produktivitätszuwachs entsprechen würden.

Welche Kritik wurde an der Quantitätstheorie geübt? Kritik wurde vor allem von der Keynes-Schule erhoben. Keynes kritisierte die Quantitätstheorie, da seiner Meinung nach die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kurzfristig beeinflusst werden kann. Erklärt wird dieser Einfluss durch das Spekulationsmotiv. Nachfrage nach Kassenbeständen entstehe nämlich nicht nur aus Gründen von Transaktionszwecken, sondern auch aus spekulativen Motiven heraus. Geld werde erstens benötigt, da die Termine der Ein- und Auszahlungen auseinanderfallen. Ein Angestellter erhalte z. B. zum ersten eines Monats sein Gehalt und gibt dieses auf den Monat verteilt wieder aus. Am 1. Montag hat er dann einen Kassenbestand in Höhe des Gehalts, am letzten Tag unter Umständen überhaupt kein Geld mehr in der

**Kasse. Der über den Monat hinweg berechnete durchschnittliche Kassenbestand beträgt dann vielleicht (bei kontinuierlichen Ausgaben über den Monat hinweg) die Hälfte des Gehalts.**

**Wie viel Geld tatsächlich aus diesem Transaktionsmotiv heraus gehalten wird, hängt natürlich von den Zahlungsgewohnheiten einer Bevölkerung ab. Auf jeden Fall kann man bei gegebenen Zahlungssitten davon ausgehen, dass mit wachsendem Einkommen die Nachfrage nach Kasse ansteigt. Die Höhe der Transaktionskasse ist also eine Funktion des Einkommens.**

**Neben dem Transaktionsmotiv hängt jedoch die Nachfrage nach Kasse nach Meinung von Keynes auch von spekulativen Überlegungen ab. Nehmen wir folgenden Fall: Eine Unternehmung plane, einen Teil ihres Barvermögens in Wertpapieren anzulegen. Sie rechne damit, dass der Kurs der zu kaufenden Wertpapiere in nächster Zeit in starkem Maße sinke. Hier kann es rationell sein, das Bargeld noch in Kasse zu halten und die Wertpapiere erst nach der Kurssenkung zu kaufen. Zwar entgehen der Unternehmung für die Zeit, in der das Vermögen bar gehalten wird, Zinseinnahmen, diese können jedoch unter Umständen gering sein gegenüber den Kursverlusten, welche die Unternehmung erleiden müsste, wenn die Wertpapiere noch zu dem hohen Kurs gekauft worden wären und wenn der Kurs in der Zwischenzeit gefallen wäre.**

**Keynes unterstellt nun im Rahmen seiner Liquiditätstheorie, dass die Nachfrage nach Kasse aus spekulativen Gründen von der Höhe des Zinssatzes abhängt und zwar so, dass mit sinkenden Zinsen die Nachfrage nach Spekulationskasse ansteigt. Zwei Gründe sind für dieses Verhalten verantwortlich. Auf der einen Seite ist der tatsächliche Zinsverlust, den die Nachfrage nach Spekulationskasse verursacht wegen geringerer Zinsen relativ gering. Auf der anderen Seite steigt in dem Maße, wie die Zinsen fallen, die Wahrscheinlichkeit, dass der Zinssatz seinen untersten Wert erreicht hat und deshalb in naher Zukunft wieder steigen wird.**

**Nun besteht ein Zusammenhang zwischen der Zinshöhe und dem Kurs der festverzinslichen Wertpapiere. Je höher der allgemeine Zinssatz ist, umso mehr lohnt es sich, festverzinsliche Wertpapiere abzustoßen. Das größere Angebot an (festverzinslichen) Wertpapieren führt jedoch zu einem Rückgang im Kurs dieser Wertpapiere. Damit steigt jedoch die Effektivverzinsung dieser Wertpapiere, denn der zugesagte Zins bezieht sich ja nicht auf den Kurs, sondern auf den Nominalwert eines Wertpapiers. Dieser Kursverlust hält solange an, als die Effektivverzinsung noch niedriger ist als der vorherrschende Zinssatz.**

Ist somit der Zinssatz sehr niedrig, so kann davon ausgegangen werden, dass die Zinsen in naher Zukunft steigen, dies führt jedoch aus den genannten Gründen dazu, dass mit Kursverlusten gerechnet werden muss und aus diesen zusätzlichen Gründen ein Abwarten mit dem Wertpapierkauf angezeigt ist. Mit anderen Worten: Die Spekulationskasse ist eine Funktion des Zinssatzes, die Nachfrage nach Spekulationskasse steigt mit sinkendem Zinssatz.

Wenn aber die Geldnachfrage u. a. auch von der Höhe des Zinssatzes abhängt, wird die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mit sinkendem Zinssatz vermindert werden. Je mehr Geld in Kasse gehalten wird, umso weniger dient das Geld zur Vermittlung von Käufen und Verkäufen.

Wenn wir nun nicht mehr davon ausgehen können, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes weitgehend konstant ist, so muss mit folgenden Möglichkeiten gerechnet werden: Ohne Geldvermehrung kann das Produkt aus Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ansteigen, wenn die Umlaufgeschwindigkeit ansteigt. Andererseits ist es aber auch möglich, dass eine Erhöhung der Geldmenge weder das Preisniveau noch das Handelsvolumen steigen lässt, da die Umlaufgeschwindigkeit zurückgeht, oder – um mit Keynes zu sprechen – da das vermehrte Geldangebot in den Kassen der Haushalte oder Unternehmungen versickert. Dies wäre der von Keynes geschilderte Fall der Liquiditätsfalle.

Keynes geht weiterhin davon aus, dass Geldmengenvermehrungen bei Unterbeschäftigung zu einem Anstieg der Güterproduktion führen können und insoweit keine Güterpreissteigerungen nach sich ziehen.

Die ältere Quantitätstheorie wurde weiterhin deshalb kritisiert, dass sie nicht klar stelle, auf welchem Wege Geldmengenwachstum das Güterpreisniveau beeinflussen. Diese Kritik gilt nicht mehr für die Neoquantitätstheorie, die ex pressis verbis den Inflationsprozess analysiert und aufzeigt, wie eine Geldmengenvermehrung den Zinssatz senkt, wie weiterhin aufgrund der Zinssenkung die Nachfrage nach Gütern erhöht und wie schließlich diese Nachfrageerhöhung unter bestimmten Bedingungen (Auftreten von Engpässen) zu Kosten- und damit auch zu Preissteigerungen führt.

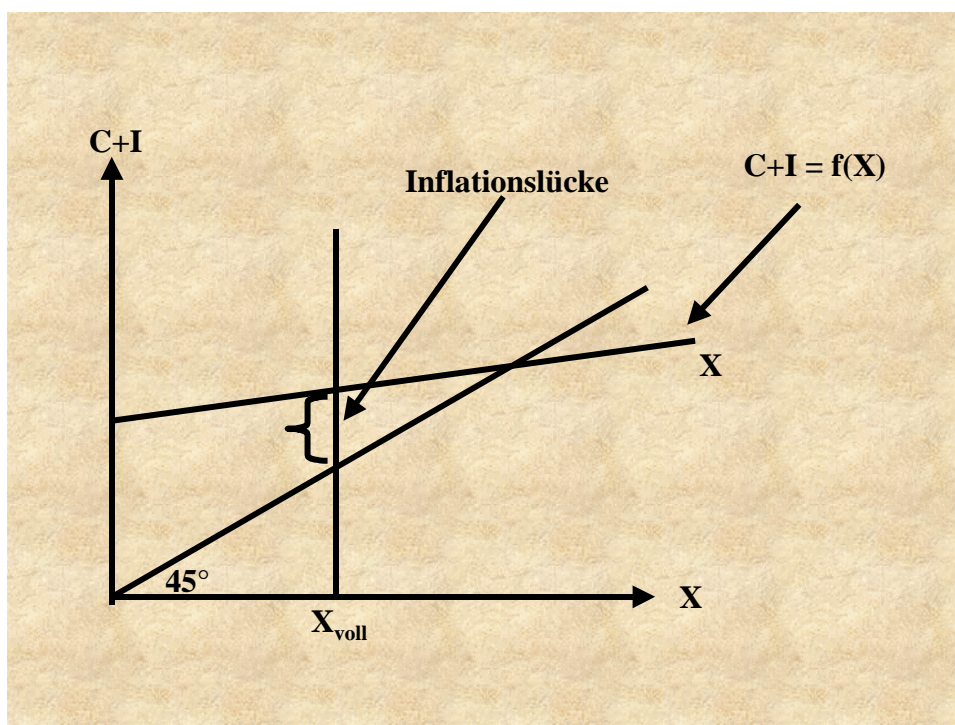
## **8. Inflationsursachen: Nachfrageüberschüsse**

Welches sind nun die Grundaussagen der nachfrageorientierten Inflationstheorie? Die nachfrageorientierte Inflationstheorie wurde vom Keynesianismus entwickelt. Keynes hatte ursprünglich sein Hauptaugenmerk auf das Problem der Unterbeschäftigung gelegt und ging im Allgemeinen davon

aus, dass die Güterpreise weitgehend starr seien, nach unten aufgrund von Macherscheinungen, nach oben vorwiegend aufgrund der Nichtauslastung der Produktionskapazitäten.

Später in den 50er und 60er des letzten Jahrhunderts traten Phänomene der Konjunkturüberhitzung in den Vordergrund der Betrachtung und nun waren die Vertreter der Keyneschule bemüht, die Grundaussagen der Keyneschen Modelle auch auf Situationen des Nachfrageüberhanges auf den Gütermärkten zu übertragen.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist nach wie vor ein Diagramm, auf dessen Abszisse das Inlandsprodukt (in realen Größen) und auf dessen Ordinate die Konsum- und Investitionsausgaben abgetragen werden. Im Gegensatz zu den ursprünglichen Modellen wird jedoch davon ausgegangen, dass das Gleichgewicht zwischen Güternachfrage und Güterangebot (bzw. zwischen Investition und Ersparnis) nicht bei einem Unterbeschäftigungseinkommen liegt, sondern bei einem Inlandsprodukt, das mit dem bestehenden Bestand an Ressourcen gar nicht produziert werden kann.



Bei dem Volkseinkommen, das Vollbeschäftigung garantiert ( $X_{\text{voll}}$ ), übersteigt somit die Güternachfrage das Angebot, wobei die Differenz zwischen Nachfrage und Angebot als Inflationslücke bezeichnet wird.

Die Folge dieses Nachfrageüberhanges auf den Gütermärkten ist eine allgemeine Preissteigerung. Da die Nachfrage das Angebot übersteigt, sind die Haushalte und Unternehmungen bereit, Preissteigerungen zu tolerieren,

**um nicht leer auszugehen. Je höher der Nachfrageüberhang hierbei ist, umso größer ist der Preisauftrieb.**

**Insoweit kommt die keynesianische Inflationstheorie zu den gleichen Ergebnissen wie die neoklassische Theorie. Auch diese ging davon aus, dass Nachfrageüberhänge zu Preissteigerungen führen. Im Gegensatz zur neoklassischen Theorie gehen die Keynesianer jedoch nicht davon aus, dass die Preissteigerungen in der Lage sind, den Nachfrageüberhang abzubauen. Nach klassischer Vorstellung führt ja eine Preissteigerung auf der einen Seite dazu, dass die Nachfrage nach Gütern sinkt, auf der anderen Seite, dass das Güterangebot ansteigt. Beide Reaktionen tragen dazu bei, dass der Nachfrageüberhang abgebaut wird.**

**Betrachten wir jedoch das keynesianische Modell, so geht das Preisniveau nicht in den Kranz der Bestimmungsgründe von Angebot und Nachfrage ein. Das Güterangebot entspricht ex definitione der 45°-Linie, welche von Preisvariationen unverändert bleibt. Auch der Verlauf der Konsum- und Investitionsfunktion bleiben in diesem Modell unverändert, wenn die Preise variieren; die Investition gilt als autonom bestimmt, sie hängt von den langfristigen Erwartungen der Unternehmer ab und wird weder von der Höhe des Volkseinkommen noch der Preishöhe bestimmt. Für die Konsumfunktion wird unterstellt, dass die (reale) Nachfrage nach Konsumgütern allein von der Höhe des realen Volkseinkommens determiniert wird.**

**Also sind im Gegensatz zu der klassischen Theorie allgemeine Preissteigerungen nicht in der Lage, Nachfrageüberhänge abzubauen. Wie muss man sich diese Unfähigkeit des Marktes zu einer Gleichgewichtstendenz erklären? Steigen die Preise, so steigen auch die Einkommen – und zwar entweder die Faktoreinkommen oder die Gewinne als Residualeinkommen – in gleichem Umfange an. Damit kann jedoch auch die Nachfrage nach Konsumgütern mit dem gleichen Prozentsatz wie die Güterpreise ansteigen. Gleiche Überlegungen gelten auch für die Investitionsnachfrage; auch hier kann davon ausgegangen werden, dass die Investitionsnachfrage realiter bestimmt wird und dass der Umstand, dass die Preise der Investitionsgüter steigen, nicht zu einem Rückgang in der Nachfrage nach Investitionsgütern führt, da ja auch die Unternehmer aufgrund der Preissteigerungen Steigerungen in ihrem Gewinneinkommen erfahren.**

**Es ist also das Kreislaufprinzip, das letztendlich verhindert, dass Gleichgewichtstendenzen stattfinden. Wenn aber die Preissteigerungen nicht in der Lage sind, die Nachfrageüberhänge abzubauen, muss davon ausgegangen werden, dass auch in den kommenden Periode weitere Preissteigerungen stattfinden; Preissteigerungen treten ja immer dann auf, wenn eine In-**

**flationslücke vorliegt und da diese nicht abgebaut wird, findet der Inflationsprozess ohne Eingreifen des Staates kein Ende.**

**Allerdings müssen eine Reihe von Annahmen getroffen werden, damit diese Ergebnisse auch eintreten. Betrachten wir zunächst einmal die Annahmen über das Geldangebot, die gemacht werden müssen, damit Preissteigerungen Periode für Periode eintreten können. Natürlich kommt auch die keynesianische Theorie nicht darum, aufzuzeigen, wie denn die permanent steigende nominelle Nachfrage nach Gütern durch Geld alimentiert wird. Die Nachfrage nach Gütern muss ja in einer Geldwirtschaft immer mit Geld bezahlt werden.**

**Es muss also in ausreichendem Maße in jeder Periode von neuem zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt werden, damit die nominell permanent steigende Güternachfrage auch tatsächlich ausgeübt werden kann. Diese Voraussetzungen wären gegeben – und dies ist auch die gängige Annahme der nachfrageorientierten Inflationstheorie – wenn das Geldangebot vollkommen elastisch wäre; und dies ist genau dann der Fall, wenn die Notenbank zu dem herrschenden, konstantbleibenden Zinssatz jede Nachfrage nach Geld und Krediten befriedigt. Hier wird das Geldangebot mit dem gleichen Prozentsatz ansteigen wie die Güterpreise.**

**Eine zweite, alternative Möglichkeit bestünde darin, dass die Notenbank zwar die Geldmenge konstant hielte, dass aber die einzelnen Haushalte und Unternehmungen über eine ausreichend hohe Spekulationskasse verfügten und bei gleichbleibendem Zinssatz bereit wären, die ansteigende Güternachfrage aus diesen Spekulationskassen zu alimentieren. Es wird hier eine unendlich hohe Liquiditätspräferenz unterstellt.**

**Allerdings muss hier kritisch hinzugefügt werden, dass die Spekulationskassen nicht unendlich groß sein können; wenn der Inflationsprozess – wie unterstellt – anhält, schrumpfen die Spekulationskassen immer mehr und von einem bestimmten Zeitpunkt an, mangelt es an Geld, um die im Wert permanenten steigenden Transaktionen zu alimentieren.**

**Die beiden erstgenannten Bedingungen (vollkommen elastisches Geldangebot, oder vollkommen elastische Liquiditätspräferenz) sind notwendig, dass überhaupt ein permanenter Anstieg der Güterpreise möglich wird. Eine weitere Voraussetzung ist notwendig, damit die Preissteigerungen nicht – wie im Rahmen der neoklassischen Theorie – zu einem Abbau der Nachfrageüberhänge führen. Die Investitionselastizität muss extrem gering sein: im Idealfall gleich null. Steigt nämlich der Zinssatz, und reagieren die Unternehmer mit einem Rückgang in der Investitionsnachfrage, so wird der Nachfrageüberhang abgebaut.**

**In gleicher Weise muss mit der keynesianischen Theorie unterstellt werden, dass die Ersparnis vollkommen zinsunelastisch reagiert. Entsprechend der keynesianischen Theorie hängen Konsum und Ersparnis allein von der Höhe des Einkommens ab, nicht aber – wie in der klassischen Theorie unterstellt – primär von der Höhe des Zinses. Die Ersparnis wird hier als Restgröße betrachtet, gespart wird das, was nicht konsumiert wird, es gibt keine eigenständigen Motive zum Sparen.**

**Würde hingegen eine Zinssteigerung die Haushalte veranlassen, mehr als bisher zu sparen, würde auch die Konsumnachfrage zurückgehen und dies würde wiederum bedeuten, dass der Nachfrageüberhang – nicht nur von der Investitions-, sondern auch von der Konsumseite her – abgebaut würde.**

**Schließlich unterstellt die nachfrageorientierte Inflationstheorie, dass die Produktionskapazitäten voll ausgelastet sind, dass jede Nachfragesteigerung 100%ig in Preissteigerungen verpufft. Realistischer wäre es zu unterstellen, dass eine zusätzliche Nachfrage zwar auf Engpässe stößt, dass deshalb Kosten und Preise ansteigen, dass aber gerade wegen der Preissteigerungen die Produktionskapazität ausgeweitet wird, sodass ein Teil der Nachfragezuwächse zu einer Ausweitung der realen Produktion führt und somit nur ein Teil des Nachfrageanstiegs preissteigernd wirkt.**

**Welche politischen Schlussfolgerungen wurden aus der nachfrageorientierten Inflationstheorie gezogen? Da der Markt nach Vorstellung der Keynesianer nicht von selbst in der Lage ist, Nachfrageüberhänge von selbst abzubauen, hat der Staat die Aufgabe, die Inflationslücke durch eine kontraktive Nachfragepolitik zu beseitigen und Geldwertstabilität zu garantieren.**

**Das Ziel ist Geldwertstabilität, also im Optimalfall – der natürlich in Wirklichkeit nie vollständig erreicht wird – eine Inflationsrate von null. Da die Inflationsrate unmittelbar von dem Umfang des Nachfrageüberschusses bestimmt wird, besteht also die Aufgabe einer staatlichen Inflationspolitik darin, dafür Sorge zu tragen, dass die jährliche Nachfragesteigerung auf die vorgegebene mögliche Steigerung des Güterangebotes beschränkt wird. Es gilt die Formel:**

$$dP/P = dN/N - dA/A, \text{ bzw.}$$

$$dP/P = 0 \Leftrightarrow dN/N = dA/A, \text{ mit:}$$

**dP/P: jährliche Steigerungsrate des Preisniveaus**

**dN/N : jährliche Steigerungsrate der Nachfrage, in Wertgrößen**

**dA/A : jährliche Steigerungsrate des bei Vollbeschäftigung möglichen Angebots an Gütern, in Mengengrößen.**

**Der Stabilitätserfolg hängt nicht von der Art der Nachfragebegrenzung ab. Es ist für den Stabilitätserfolg zunächst unerheblich, ob die Konsumnachfrage, das Investitionsvolumen, das Defizit des Staatshaushaltes oder schließlich die Leistungsbilanzüberschüsse abgebaut werden.**

**Allerdings muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass die politische Realisierbarkeit der Maßnahmen, der Umfang der multiplikativen Wirkung und etwaige negative Sekundärwirkungen auf andere Ziele unterschiedlich ausfallen können, je nach Art der Nachfrage, die begrenzt wird.**

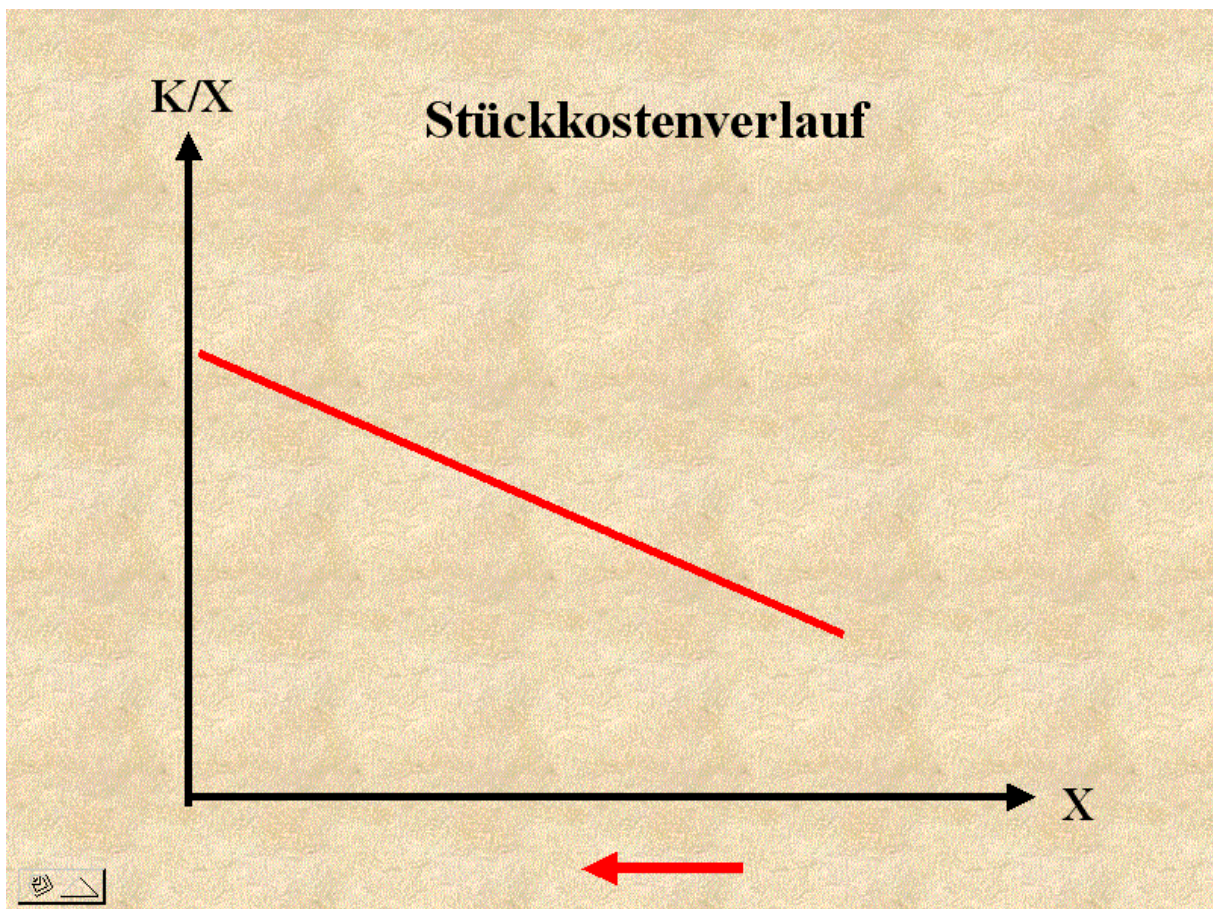
**So lassen sich z. B. die Staatsausgaben nur in begrenztem Maße reduzieren. Bestimmte Ausgaben (wie z. B. die Ausgaben des Verteidigungsministeriums) ergeben sich unmittelbar aus internationalen Verpflichtungen (z. B. aus der Mitgliedschaft bei der Nato oder der Europäischen Union). Andere Ausgaben – wie z. B. die Besoldung der Beamten und die Bezahlung der sonstigen Beschäftigten – ist durch geltende Tarifverträge vorgegeben. Es wird geschätzt, dass etwa nur 3 – 5% der gesamten Staatsausgaben aus rechtlichen Gründen kurzfristig tatsächlich gekürzt werden können.**

**Wie im Rahmen der Beschäftigungspolitik kann auch bei der keynesianischen Inflationspolitik der erwünschte Erfolg auf unterschiedliche Weise erreicht werden: Es können die Staatsausgaben gekürzt oder die Steuereinnahmen vergrößert werden. Die Einkommensmultiplikatoren beider Strategien sind unterschiedlich groß, die Wirkung einer Steuermaßnahme ist immer etwas geringer als die einer Ausgabenkürzung. Aus diesem Gesichtspunkt heraus wäre es effizienter, die Nachfragedrosselung vorwiegend über Staatsausgabenkürzungen zu erreichen.**

**Schließlich kann eine kontraktive Nachfragepolitik zu unerwünschten Sekundärwirkungen führen, wobei die Art und der Umfang dieser Nebenwirkungen davon abhängt, welcher Nachfragestrom gekürzt werden soll. So wirken sich Kürzungen im Investitionsvolumen auf das wirtschaftliche Wachstum negativer aus als z. B. Reduzierungen im Konsumvolumen.**

**Fragen wir uns schließlich nach der Kritik an der nachfrageorientierten Inflationstheorie. Unbestritten ist, dass Nachfrageüberhänge zu Preissteigerungen führen. Spätestens seit Auftreten von Stagflationserscheinungen muss jedoch zumindest eingeräumt werden, dass es auch noch andere Bestimmungsgründe für Inflation gibt.**

In Zeiten der Stagflation steigt nämlich das Preisniveau gerade dann, wenn Nachfrageüberhänge abgebaut wurden. Erklärt wurde dieser Tatbestand damit, dass die Stückkosten in erster Linie von den Fixkosten bestimmt werden. Fixkosten fallen bekanntlich unabhängig davon an, ob und wie viel produziert wird. Die durchschnittlichen Fixkosten sinken jedoch mit wachsender Produktion. Wird nun die Nachfrage und mit ihr auch die Produktion reduziert und ist der Anteil der Fixkosten an den Gesamtkosten hoch, so führt die Reduzierung der Produktion zu einem Anstieg der gesamten durchschnittlichen Kosten.



Die Unternehmungen werden den Versuch unternehmen, die gestiegenen Stückkosten auf den Preis abzuwälzen. Gelingt ihnen dies – und bei oligopolistischen Marktstrukturen muss damit gerechnet werden – steigt das Preisniveau trotz Rückganges der Konjunktur. Damit wird jedoch die keynesianische Politik fragwürdig. Es besteht das Ziel, Arbeitslosigkeit abzubauen und Inflation zu vermeiden. Es entsteht nun ein Zielkonflikt: Der Umstand, dass Arbeitslosigkeit herrscht, verlangt eigentlich eine expansive Politik, der weitere Umstand, dass aber gleichzeitig Inflationserscheinungen vorliegen, würde verlangen, dass der Staat eine kontraktive Konjunkturpolitik betreibt. Der Staat kann nicht beides tun – Bremsen und Gas geben –,

er steht vor einem Zielkonflikt und muss sich zugunsten des einen und zuungunsten des anderen Zieles entscheiden.

Die keynesianische Strategie der Inflationsbekämpfung wird auch aus einem weiteren Grund fragwürdig. Nehmen wir den Fall an, dass der Staat die Nachfragedrosselung über eine Reduzierung der Konsumausgaben erreichen will, da eine Investitionskürzung das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen würde. Der Staat würde Konjunkturzuschläge zur Einkommenssteuer beschließen, die Nettoeinkommen der Haushalte auf diese Weise reduzieren. Wenn nun die Gewerkschaften eine Reduzierung der Nettoeinkommen aufgrund von Konjunkturzuschlägen zur Einkommenssteuer damit beantworten, dass sie in den darauffolgenden Tarifverhandlungen einen Kaufkraftausgleich fordern und auch durchsetzen, ist es dem Staat nicht gelungen, mit fiskalpolitischen Maßnahmen die private Nachfrage zu drosseln. Die staatliche Inflationspolitik wird dann ineffizient.

## **9. Inflationsursachen: Kostensteigerungen**

Welches sind nun die Grundaussagen der angebotsorientierten Inflationstheorie? Sie entstand vor allem aus der Kritik an der nachfrageorientierten Inflationstheorie. Damit nehmen Angebotstheoretiker – zu denen vor allem Sidney Weintraub zählt – eine Position ein, die zuvor auch von den Klassikern der Wirtschaftstheorie eingenommen wurde. Die Klassiker gingen bekanntlich davon aus, dass Nachfragevariationen nur einen kurzfristigen Einfluss auf die Werte der Güter ausüben können. Langfristig werde der Wert der Güter von den Kosten bestimmt, die zur Produktion eines Gutes benötigt werden. Variationen in der Nachfrage könnten nur erklären, weshalb der aktuelle Preis eines Gutes um den langfristigen Preis – eben dem Wert eines Gutes – pendle.

Kostensteigerungen gelten auch für die Angebotstheoretiker als wichtigste Ursache für Inflationen. Nehmen wir die von Weintraub entwickelte Inflationstheorie als Grundlage. Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Preiskalkulation einer einzelnen Unternehmung. Nach Weintraub errechne ein Unternehmer den Verkaufspreis dadurch, dass er von den Stückkosten der Produktion dieses Gutes ausgeht und auf diese Stückkosten einen Gewinnzuschlag aufschlägt, der branchenüblich ist und der zumindest kurzfristig als konstant zu gelten hat. Es gilt folgende Formel:

$$p = K + g * K = K * (1 + g), \text{ mit}$$

**p: Preis eines Einzelgutes K: Durchschnittskosten (K/X) g : prozentualer Gewinnaufschlag.**

**Diese Überlegungen werden nun auf die gesamte Volkswirtschaft übertragen:**

$$P = K_g + g_d * K_g = K_g * (1 + g_d), \text{ mit}$$

**P: Preisniveau K<sub>g</sub>: gesamtwirtschaftliche Durchschnittskosten  
g<sub>d</sub> : prozentualer gesamtwirtschaftlicher Gewinnaufschlag.**

**Im Gegensatz zur branchenwirtschaftlichen Betrachtung sind für den Anstieg im gesamtwirtschaftlichen Preisniveau nicht nur der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Stückkosten sowie eine Erhöhung des durchschnittlichen Gewinnaufschlages der gesamten Volkswirtschaft, sondern auch Strukturverschiebungen verantwortlich. Wenn sich z. B. Branchen mit überdurchschnittlich hohen Stückkosten oder auch überdurchschnittlichen Gewinnaufschlägen auf Kosten der übrigen Branchen ausdehnen, führt dies auch dann zu einem Anstieg des Preisniveaus, wenn in jeder einzelnen Branche sowohl die Stückkosten wie auch die Gewinnaufschläge konstant bleiben.**

**In geldpolitischer Hinsicht gelten ähnliche Schlussfolgerungen wie für die nachfrageorientierte Inflationstheorie. Auch hier müssen wir stillschweigend unterstellen, dass Preissteigerungen eine Ausweitung des Geldvolumens notwendig machen, entweder dadurch, dass die Notenbank oder der Bankenapparat die Geldmenge bei gleichbleibendem Zins ausweiten oder dass ausreichend Spekulationskasse zur Verfügung steht, um die Preissteigerungen zu alimentieren.**

**Welche Schlussfolgerungen wurden aus der angebotsorientierten Inflationstheorie gezogen? Wenn die Steigerungen in den Stückkosten die wichtigsten Bestimmungsgründe für Inflation darstellen, kommt es im Rahmen der Stabilitätspolitik darauf an, Regeln zu entwickeln, aufgrund derer Stückkostensteigerungen möglichst vermieden werden.**

**Wenn man einmal davon ausgeht, dass für Kostensteigerungen vor allem Lohnsteigerungen verantwortlich sind, richtet sich das Hauptaugenmerk einer angebotsorientierten Politik der Bekämpfung einer Inflation auf den Arbeitsmarkt. Der Anstieg der Rohstoffpreise kann zwar auch die Stückkosten erhöhen, ist jedoch zumeist politisch kurzfristig weniger zu beeinflussen, da ein Großteil der Rohstoffe importiert und dessen Preishöhe von ausländischen Unternehmungen diktiert wird.**

**Es wird an die Tarifpartner die Forderung nach einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik gestellt. Danach dürfen die Löhne nur im Umfang des Produktivitätszuwachses der Arbeit angehoben werden. Die durchschnittlichen Lohnkosten sind definiert als gesamte Lohnsumme dividiert durch die Produktionsmenge:**

$$L_{ST} = L/X = (l * A)/X = l * A/X \text{ mit:}$$

**$L_{ST}$ : Lohnstückkosten    $L$ : Lohnsumme    $X$ : reales Sozialprodukt  
 $l$  = Lohnsatz    $A/X$ : reziproker Wert der Arbeitsproduktivität**

**Steigt der Lohnsatz im Umfang der Arbeitsproduktivität, so bleiben die Lohnstückkosten konstant, die Voraussetzung für ein stabiles Preisniveau von Seiten des Arbeitsmarktes ist erfüllt. Hierbei kann die Forderung nach einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik im Prinzip auf zweierlei Weise realisiert werden. Entweder richten sich die Tarifpartner in ihren Lohnverhandlungen an dem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktivität aus. Oder aber die Lohnsteigerungen in den einzelnen Branchen werden an der branchenwirtschaftlichen Produktivität ausgerichtet. Handeln alle Tarifpartner nach dieser Maxime, gehen von den Tarifverhandlungen keinerlei preissteigernde Effekte aus.**

Dieses Prinzip verlangt allerdings, dass Branchen ohne Produktivitätsfortschritt auch keine Lohnsteigerungen vereinbaren dürfen. Und hier beginnen die Probleme. Ein Produktivitätsfortschritt lässt sich nämlich nur in den Wirtschaftszweigen feststellen, in denen die Produkte oder Leistungen auf dem Markt verkauft werden und in denen deshalb ein Marktertrag festgestellt werden kann. In nichterwerbswirtschaftlichen Bereichen, zu denen nicht nur die Verbände, sondern auch die staatliche Verwaltung zählt, lassen sich keine Produktivitätsfortschritte feststellen, und zwar nicht etwa deshalb, weil die Beschäftigten in diesen Bereichen faulenzten, sondern einfach deshalb, weil in diesen Bereichen mangels Markterträgen die Leistung hilfsweise am Input (an den Faktoreinkommen) gemessen wird.

Dies bedeutet, dass die Produktivität hier ex definitione nicht verändert werden kann. Es ist politisch nicht zu rechtfertigen, dass aus diesen Gründen, welche die Beschäftigten gar nicht zu vertreten haben, in diesen Branchen zu keiner Zeit Lohnsteigerungen vereinbart werden. De facto würde sich auch keine Gewerkschaft auf eine solche Lohnabstinenz einlassen. Es verbleibt deshalb als einzige sinnvolle lohnpolitische Strategie, um Preissteigerungen von Seiten des Arbeitsmarktes zu vermeiden, eine Anpassung der Löhne an die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

Ähnliche Schlussfolgerungen gelten übrigens auch dann, wenn man eine nachfrageorientierte Inflationstheorie heranzieht. Wir erinnern uns: Das Preisniveau bleibt genau dann konstant, wenn die Nachfragesteigerungen auf die vorgegebenen Angebotssteigerungen beschränkt werden. Wenn wir uns nun allein auf die Nachfragesteigerungen beschränken, die von den Arbeitnehmern (Lohnempfängern) ausgehen und eine Konstanz sowohl der Konsumquote ( $c$ ) als auch der Beschäftigung ( $a$ ) unterstellen, gelten folgende Formeln:

$$N = c * \lambda * a \Rightarrow dN = d\lambda$$

$$X = \pi * a \Rightarrow dX = d\pi, \text{ mit:}$$

$X$  = Güterangebot  $N$  = Güternachfrage  $a$  = Arbeitsstundenzahl  $c$  = Konsumquote

$\lambda$  = Lohnquote  $\pi$  = Arbeitsproduktivität

Aus diesen Überlegungen folgt, dass immer dann, wenn der Lohnzuwachs ( $d\lambda$ ) dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität ( $d\pi$ ) entspricht, vom Arbeitsmarkt keine preissteigernden Effekte ausgehen.

**Allerdings besteht im Hinblick auf den Arbeitsmarkt ein wesentlicher Unterschied zwischen nachfrage- und angebotstheoretischer Inflationstheorie. Investivlöhne wirken nur bei angebotstheoretischer, nicht bei nachfrageorientierter Betrachtung inflationär.**

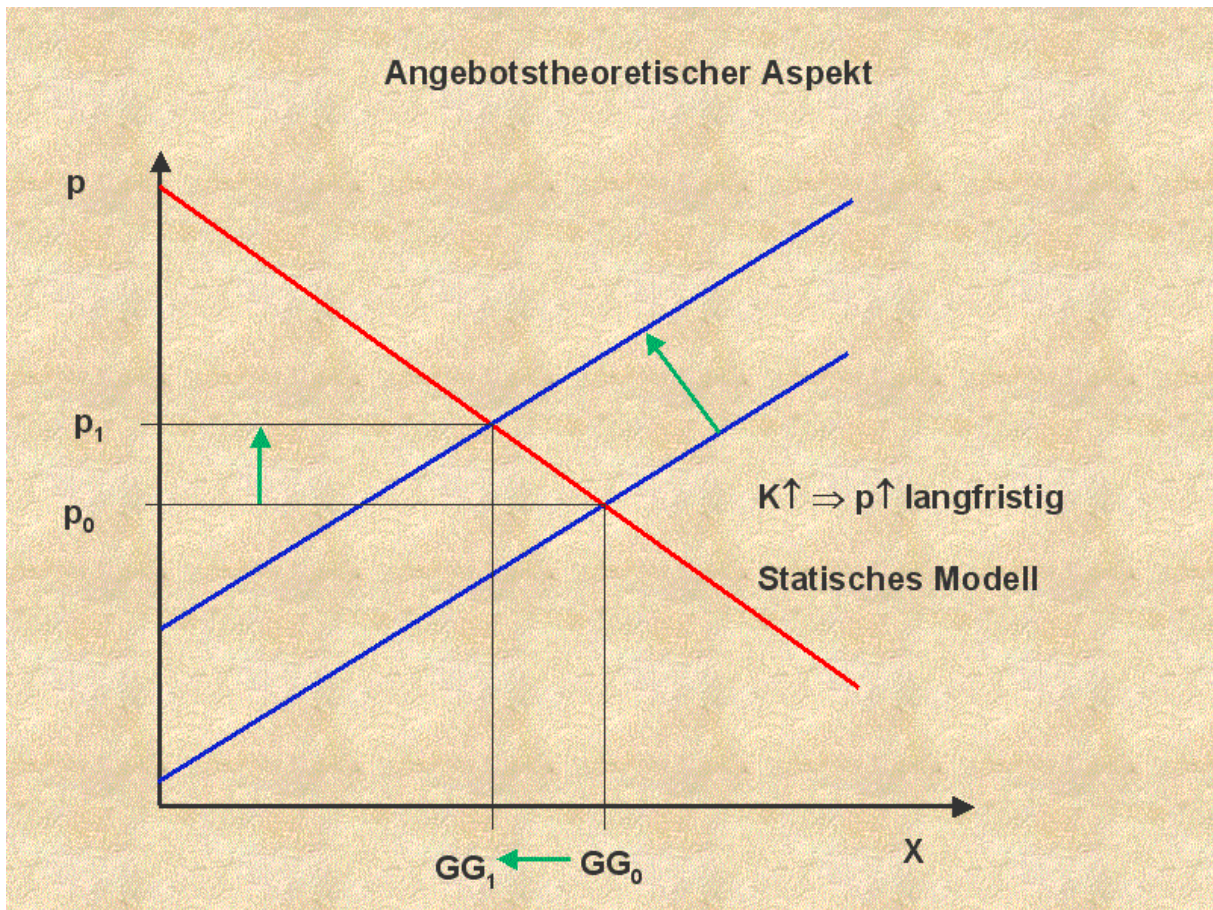
**Bei angebotstheoretischer Betrachtung gilt: Der Investivlohnzuwachs führt genauso wie eine Barlohnerhöhung zu einem Anstieg in den Stückkosten, mit anderen Worten: Es ist auch bei Investivlohnzuwachsen, die über dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität liegen, mit einer inflationären Wirkung zu rechnen.**

**Bei nachfragetheoretischer Betrachtung gilt hingegen: Ein Investivlohnzuwachs über dem Zuwachs der Arbeitsproduktivität beeinflusst die Nachfrage nicht und damit sind auch von dieser Seite aus keine inflationären Wirkungen zu erwarten.**

**Wenden wir uns schließlich der Kritik an der angebotsorientierten Inflationstheorie zu. Unbestritten ist wiederum, dass Kostenfaktoren den Inflationsgrad beeinflussen können, strittig bleibt jedoch die Frage, unter welchen Bedingungen Preissteigerungen auf Nachfrageüberhänge bzw. auf Kostensteigerungen zurückgeführt werden können.**

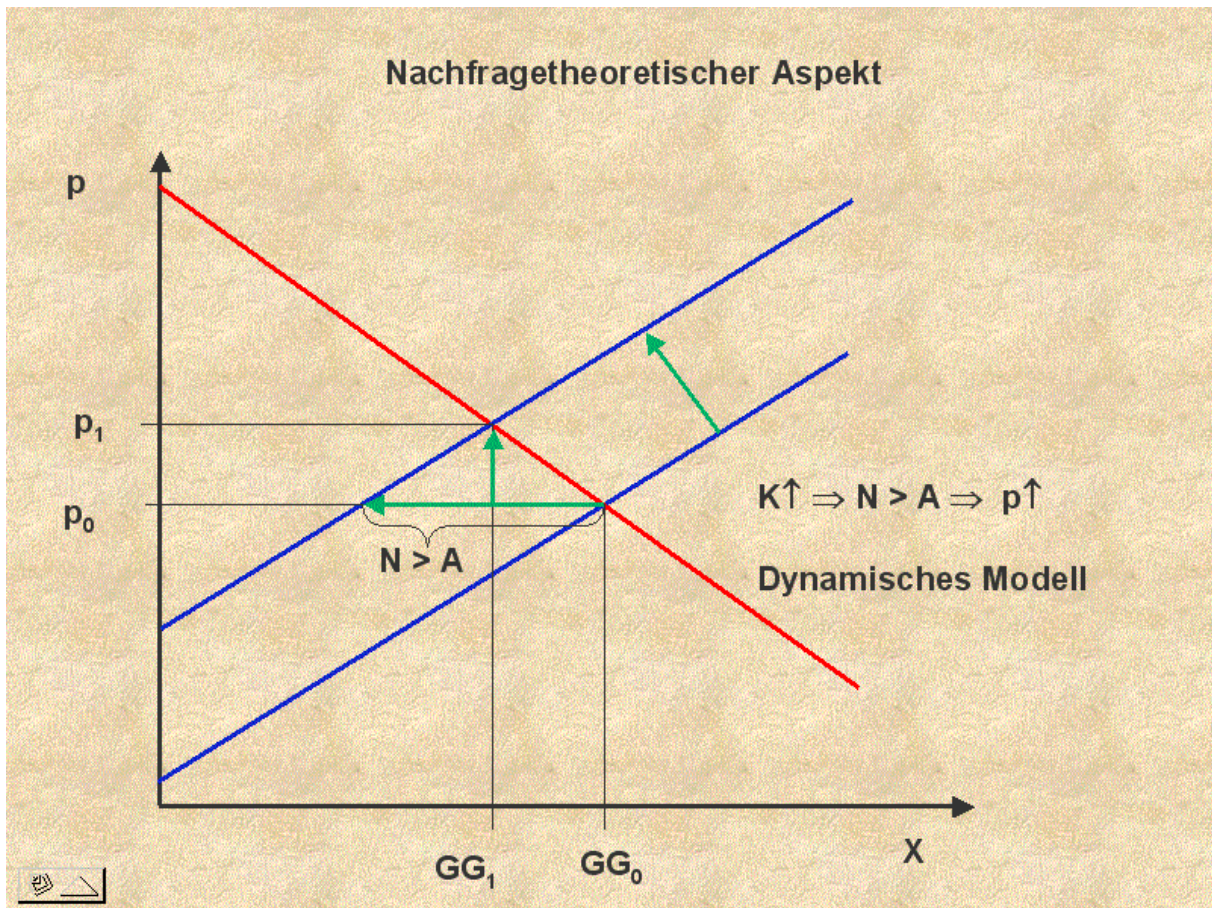
**Erstens dürfte das Gewicht der Bestimmungsgründe für Inflation von der Konjunkturlage abhängig sein. In Zeiten des Konjunkturaufschwungs dürften in erster Linie Nachfragefaktoren für den Inflationsprozess verantwortlich sein. Kostensteigerungen dürften für einen inflationären Prozess vor allem dann eine Rolle spielen, wenn auf der einen Seite die Konjunktur zurückgeht und wenn zur gleichen Zeit der Anteil der Fixkosten an den Gesamtkosten hoch ist. Hier steigen – wie bereits gezeigt – bei sinkender Produktion die Stückkosten. Wir haben hier die Situation einer Stagnation.**

**Anhand eines einfachen Marktmodells kann darüber hinaus gezeigt werden, dass beide Inflationstheorien weniger alternative, sich ausschließende Hypothesen formulieren, als vielmehr unterschiedliche Fragen zu beantworten versuchen. Betrachten wir hierzu folgendes Diagramm:**



Auf der Ordinate tragen wir den Güterpreis, auf der Abszisse die Gütermenge ab. Die blauen Kurven zeigen den Verlauf der Grenzkosten und damit auch die Angebotskurven, während die rote Kurve den Verlauf der Nachfragekurve wiedergibt. Es sei unterstellt, dass die Grenzkosten ansteigen und dass sich deshalb die Angebotskurve nach oben verschiebt. Der neue Gleichgewichtspunkt gibt dann auch den neuen Preis an, der aufgrund der Kostenerhöhung angestiegen ist. Es ist dies die Fragestellung der angebotsorientierten Inflationstheorie, welche sich im Grunde auf die Vorgehensweise einer statischen Theorie beschränkt.

Betrachten wir nun im Gegensatz hierzu folgendes Diagramm:



Wiederum tragen wir auf der Ordinate den Güterpreis und auf der Abszisse die Gütermenge ab, wiederum unterstellen wir, dass die Kosten steigen und mit ihnen die blaue Angebotskurve nach oben verschoben wird. Im Gegensatz zum ersten Modell verfolgen wir jedoch nun den dynamischen Prozess, wir fragen also danach, wie sich die Kostensteigerung schließlich auf die Güterpreise auswirkt. Wir gehen von dem bisherigen Gleichgewichtspreis ( $p_0$ ) aus. Die Verschiebung der Angebotskurve bewirkt in einem ersten Schritt bei noch gleichbleibendem Preis, dass ein Nachfrageüberhang entsteht. Da sich der Preis noch nicht verändert hat, bleibt die bisherige Nachfrage bestehen; aufgrund der Kostensteigerungen bieten jedoch die Unternehmer bei diesem Preis weniger Güter an, und zwar im Gegensatz zu bisher nicht die Menge  $GG_0$ , sondern die geringere Menge  $GG_1$ .

Dieser Nachfrageüberhang löst nun Preissteigerungen aus, die von der Nachfrageseite ausgehen. Da das bestehende reduzierte Angebot nicht mehr ausreicht, die Nachfrage zu befriedigen, werden die Nachfrager bereit sein, einen höheren Preis zu zahlen, um nicht leer auszugehen. Die Preissteigerungen bewirken nun zweierlei: Auf der einen Seite dehnen die Unternehmer entsprechend der neuen Angebotskurve ihr Angebot aus; auf der anderen Seite schränken die Haushalte ihre Nachfrage wegen der gestiegenen Preise ein. Der Nachfrageüberhang wird abgebaut. Dieser Prozess dauert

solange an, bis wiederum Gleichgewicht herrscht und dies ist bei dem neuen Gleichgewichtspreis  $p_1$  erreicht.

Nun geht natürlich die nachfrageorientierte Inflationstheorie davon aus, dass die Preissteigerungen allein nicht zu einem Abbau des Nachfrageüberhanges führen. Anstelle der automatisch wirkenden Gleichgewichtstendenzen hat nun der Staat zu treten, der durch seine Nachfragepolitik dafür Sorge trägt, dass die Nachfrage genauso stark zurückgeht, wie dies auf einem funktionierenden Markt auch ohne staatliche Nachfragepolitik der Fall wäre.

## **10. Inflationsursachen: Demand Shift**

Wir wollen uns nun zum Abschluss mit einer Inflationstheorie befassen, welche die Preissteigerungen weniger auf Veränderungen in der Gesamtnachfrage als in der Nachfragestruktur zurückführt. Es ist dies die von Charles L. Schultze formulierte Demand Shift-Theorie. Schultze geht davon aus, dass der Markt auf Steigerungen der Nachfrage anders reagiert als auf Verminderungen der Nachfrage.

Treten Angebotsüberhänge aufgrund eines Rückganges in der Nachfrage oder eines Anstiegs im Güterangebot auf, so verhindere die Machtposition der Anbieter einen Rückgang in den Preisen. Wegen monopolistischer oder oligopolistischer Marktstrukturen reagiere der Markt auf Angebotsüberhänge nicht mehr normal, die Preisänderung bleibe aus, mit der Folge, dass eine Rationierung der Nachfrage notwendig wird.

Treten allerdings Nachfrageüberhänge auf, weil die Nachfrage gestiegen oder das Angebot zurückgegangen ist, funktioniere der Markt normal in dem Sinne, dass Preissteigerungen stattfinden und diese zu den erforderlichen Anpassungen in Angebot und Nachfrage führen.

Nun haben wir davon auszugehen, dass die stets stattfindenden Datenänderungen in der Technik und im Bedarf zu einer Verschiebung der Wirtschaftszweige führen, mit der Folge, dass auf den einen Märkten Nachfrageüberhänge, auf den anderen Angebotsüberhänge ausgelöst werden. Wenn jedoch nun der Markt – wie gezeigt – auf Angebotsüberhänge anders reagiert als auf Nachfrageüberhänge, bewirkt dies einen permanenten Anstieg im Güterpreisniveau. Dort, wo auf normalen Märkten Preissteigerungen festgestellt werden können, finden auch in dieser Welt Preissteigerungen statt, dort aber, wo normalerweise mit Preissenkungen gerechnet werden

**muss, bleiben die Preise konstant. Dies bedeutet schließlich, dass der Durchschnitt der Preise notwendigerweise ansteigt.**

**Wir haben im ersten Teil dieses Artikel bei der Diskussion der Inflationswirkungen bereits gesehen, dass Schultze diese inflationären Tendenzen positiv beurteilt, da nur auf diese Weise eine Anpassung des Angebots an die veränderte Nachfragestruktur überhaupt stattfindet. Wir haben aber dort auch gesehen, dass diese erwünschte Allokationswirkung keinesfalls immer eintritt, da ein Anbieter, welcher die Macht hat, nominelle Preissenkungen zu verhindern, auch die Macht haben dürfte, eine Verringerung des Realpreises (z. B. durch Indexpreise) zu verhindern. In diesem Fall ist jedoch die allgemeine Preissteigerung auch nicht in der Lage, eine optimale Allokation – wie von Schultze behauptet – zu bewirken.**